

DER KAPITALMARKT 2021

Der Informationsservice für politische Entscheider

POLITIK UND KAPITALMARKT

Das zarte Pflänzchen

Österreich liegt bei Kapitaleinkünften beim Alterseinkommen weit abgeschlagen bei äußerst dürftigen 5,8 Prozent. Geschuldet ist das wohl politischen Rahmenbedingungen. Die türkis-grüne Bundesregierung strebte zumindest in ihrem Regierungsprogramm vom Jänner 2020 einen U-Turn an: Einmal sollte die steuerliche Behandlung von Kapitalerträgen verbessert werden. Und auch bei der deplorablen Quote der Kapitaleinkünfte zur Altersvorsorge und bei der Financial Literacy im Land wollte man ansetzen.

PENSIONSSYSTEM

Der Vogel Strauß-Walzer

Vor allem nordeuropäische Länder kümmern sich um die – alters- und alterungsbedingt – zunehmende Lücke in ihren Pensionssystemen. Sie setzen dabei alle sehr stark auf die Kraft der Kapitalmärkte. Alle diese Länder zeichnet aus, dass sie die Stärkung der Eigenvorsorge von Privatanlegern steuerlich fördern. Ihre Programme zielen oft auch auf jene ab, die staatlicherseits eben nur geringe Pensionserträge zu erwarten haben und somit in die Altersarmut zu rutschen drohen.

INTERVIEW

„Starker Kapitalmarkt schützt vor Exodus der Innovativen“

Aktienforum-Geschäftsführer Karl Fuchs über die angekündigte Finanzbildungsoffensive, langfristigen Vermögensaufbau und Altersvorsorge, populistische Schwachsinnigkeiten und EU-Klimaziele, die finanziert gehören.

ÜBER UNS/IMPRESSUM

2

5

7

9



DAS ZARTE PFLÄNZCHEN

Zur gängigen Selbstbeschreibung Österreichs gehört es, sich im internationalen Vergleich als „Insel der Seligen“ zu sehen. Die Zuschreibung geht auf Papst Paul VI. zurück, der die Alpenrepublik einmal derart klassifizierte. In manchen Bereichen mag das durchaus zutreffen. Was den Kapitalmarkt angeht, trifft wohl eher der abgewandelte Spruch von Österreich als einer „Insel der Wenigen“ zu.

Insel der Wenigen

Das zeigt allein ein Blick auf den OECD-Vergleich betreffend die Kapitaleinkünfte beim Alterseinkommen: Der OECD-Schnitt betrug vor wenigen Jahren hier 18,4 Prozent. Österreich lag abgeschlagen bei äußerst dürftigen 5,8 Prozent und damit weit hinter Ländern wie den Niederlanden, Kanada oder der Schweiz. Auch Deutschland firmierte mit 15,9 Prozent deutlich vor dem südlichen Nachbarn. Teils ist das wohl politischen Rahmenbedingungen geschuldet, wurde doch in Österreich etwa eine Behaltefrist schon vor vielen Jahren ersatzlos gestrichen. Das führte prompt zu einem klaren Rückschritt, etwa betreffend den Anteil von Fonds- und Wertpapiervermögen am gesamten Geldvermögen.

Die türkis-grüne Bundesregierung strebte zumindest in ihrem Regierungsprogramm vom Jänner 2020 einen U-Turn an: Einmal sollte die steuerliche Behandlung von Kapitalerträgen deutlich verbessert werden. Die Wiedereinführung einer Behaltefrist wurde da als begrüßenswerter Schritt festgelegt. Mit einer KEST-Befreiung für ökologische und ethische Investitionen wollten gerade die Grünen auch ein klimapolitisches Ausrufezeichen setzen. Und auch bei der deplorablen Quote der Kapitaleinkünfte zur Altersvorsorge (siehe Story ab S. 5) und der mehr als ausbaufähigen Financial Literacy im Land wollte das neu formierte Regierungsteam ansetzen.

Wind of Change

Mittlerweile ist so einiges anders. Die heftigen, regierungsinternen Turbulenzen, ausgelöst von Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, führten zum Rückzug von Kanzler Sebastian Kurz von der Regierungsspitze. Davor schien tagelang überhaupt der Bestand der Koalition gefährdet. Mit der Installierung des vormaligen Außenministers Alexander Schallenberg als neuem Bundeskanzler entsprach die ÖVP dann doch dem grünen Wunsch nach einer neuen Persönlichkeit im Kanzleramt, vorgezogene Neuwahlen wurden (zumindest vorerst) vermieden. Das Regierungsklima sank dennoch Richtung Nullpunkt.

Aber immerhin: Die Regierung trieb ihr Anfang Oktober vorgelegtes Maßnahmenpaket voran, das wieder einmal als „größte Steuerreform der Zweiten Republik“ angepriesen wurde. Zwei große Brocken zeichnen dieses aus:

Kapitaleinkünfte beim Alterseinkommen

OECD-Schnitt: 18,4 Prozent

Österreich: 5,8 Prozent

Einmal setzte man, im Einklang mit dem gültigen deutschen Modell, auf den Einstieg zu einer nun jährlich ansteigenden CO2-Bepreisung. Und dann setzte man auch auf den Faktor Entlastung. Neben einer deutlichen Senkung der Lohnsteuern für kleine und mittlere Einkommen durfte sich auch die Wirtschaft freuen – denn immerhin ging sich noch die Hälfte der versprochenen Körperschaftssteuer-Entlastung auf immerhin nur mehr 23 Prozent binnen eineinhalb Jahren aus.

Den Wermutstropfen hat wieder einmal der Kapitalmarkt zu verkraften. Denn entgegen den Ankündigungen aus dem Regierungsprogramm fristet dieser weiterhin ein vergleichsweise stiefmütterliches Dasein. Denn die angekündigten Maßnahmen zur Belebung des Finanzplatzes fehlen in den aktuellen Plänen der Regierung. Dabei wäre sowohl die Ökologisierung des Steuersystems, etwa mit einem deutlichen Akzent in Richtung Green Finance, als auch der Anreiz für eine deutlich breitere Unternehmensfinanzierung, etwa über die Einführung der Behaltfrist, ein echtes Signal in Richtung Modernisierung gewesen.

Vermessung der Kapitalmarkt-Welt

So wundert es nicht, dass sich das politische Meinungsbild zum Kapitalmarkt hierzulande nur äußerst langsam ändert. Was die Meinung der Bevölkerung angeht, hat das „Aktienforum“ den Meinungsforscher Peter Hajek zur Vermessung der Einstellungen zum Kapitalmarkt ausgeschiedt.

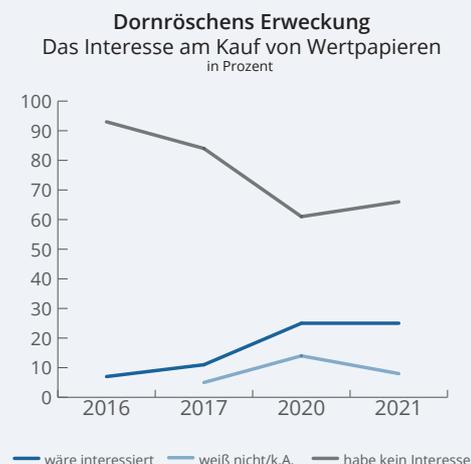
Was der Demoskop da zu Beginn des Jahres zutage förderte, lässt durchaus Rückschlüsse darauf zu, wie die Beteiligung der Bevölkerung am Kapitalmarkt deutlich zu heben wäre: Die positivste Nachricht zuerst – im Vergleich zu einer Vorgänger-Erhebung aus dem Jahr 2017 sind durchaus positive Entwicklungen am Meinungsmarkt erkennbar – gegenüber einer Zwischenmessung aus 2020 sind die Ergebnisse relativ stabil.

Die Rahmen-Erzählung

Konkret gab 2021 jeder vierte Befragte an, grundsätzlich an einem Kauf von Wertpapieren interessiert zu sein. 2017 hatten das nur elf Prozent der Menschen von sich behauptet. Die Verdoppelung des Interesses binnen relativ kurzer Zeit ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: Einmal auf die für Sparer schwer frustrierende Zinslandschaft, zum anderen auf die satten Kursgewinne an den Aktienmärkten über die vergangenen Jahre hinweg. Aktienforums-Präsident Robert Ottel, der die Studie gemeinsam mit der Industriellenvereinigung präsentierte, dazu: „Das zeigt, dass sich mehr Menschen mit Aktien auseinandersetzen wollen. Das Potenzial ist auch aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen vorhanden – wir müssen es nur nutzen.“



Pressekonferenz 2021 mit IV-Präsident Georg Knill, AF-Präsident Robert Ottel, Meinungsforscher Peter Hajek



Bildung tut not

Für eine deutliche Hebung der Investitionsbereitschaft wird freilich ein ganzes Maßnahmenbündel nötig sein. Einmal sind die schon erwähnten, aber erneut aufgeschobenen regulatorischen und steuerpolitischen Maßnahmen unabdingbar. Daneben, und auch das zeigt die Studie von Hajek sehr deutlich, braucht es aber auch eine Bildungs-Offensive bei den Themen Wirtschaft & Finanzen.

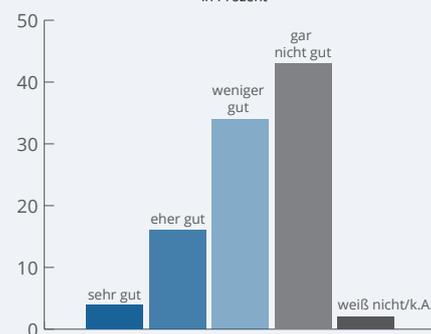
Denn die höchste Eingangshürde für ein Engagement am Kapitalmarkt ist und bleibt das mangelnde Wissen über seine Funktionsweisen. Insgesamt 77 Prozent der Befragten gaben in der Umfrage (n=1.000 Befragte, Schwankungsbreite +/-3,1%) an, sich „weniger gut“ oder „gar nicht gut“ bei Veranlagungen an der Börse auszukennen. Im Gegenzug unterstützen drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher die Forderung nach mehr Wirtschafts- und Finanzbildung schon in der Schule. Nur so kann man wohl die klaffende Lücke zwischen dem gestiegenen Interesse am Kapitalmarkt und dem Grad der Uninformiertheit schließen und so die Scheu vor dem unbekanntem Wesen Kapitalmarkt nehmen. „Im Vergleich zur Erhebung 2017 haben wir beim Interesse am Kapitalmarkt einen klaren Anstieg gesehen. Nur beim Wissen tut sich nicht viel“, sagt Studienautor Peter Hajek.

Die konkreten Auswirkungen dieser im Sprung gehemmten Entwicklung sieht man etwa beim Kapitel Vermögensaufbau. Dieser hinkt hierzulande noch immer weit hinter den internationalen Vorbildern hinterher und hat konkrete soziale Auswirkungen. Denn wenn es ideologische Barrieren gibt, die einen stärker auf den Kapitalmarkt gestützten Vermögensaufbau verhindern, schadet das gerade weniger wohlhabenden Schichten. Dieser Hemmschuh wird auch in der Umfrage deutlich: Gefragt nach einem durch die Pandemie eventuell veränderten Blick auf den Kapitalmarkt meinten – trotz positiver faktischer Entwicklungen – bloß sieben Prozent der Befragten, ihre Einstellung hätte sich zum Positiven verändert. Gleich 19 Prozent aber behaupteten das Gegenteil. 40 Prozent meinten, sie hätten während diverser Lockdowns nur eingeschränkte Möglichkeiten zum Geldausgeben gehabt, dagegen suchten nur sechs Prozent verstärkt den Weg in Aktien (halb so viele veranlagten dagegen weniger als davor).

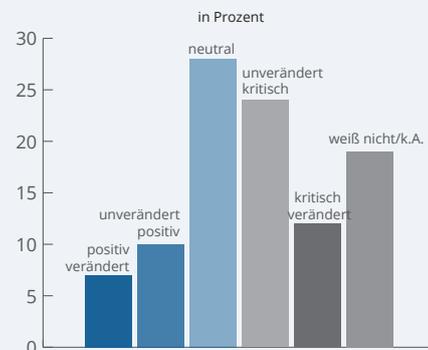
Kampf den Verschwörungsmythen

Handlungsbedarf besteht angesichts dieser Zahlen wohl auch, was den Umgang mancher Medien mit dem Thema angeht. Der in der veröffentlichten Meinung vermittelte Wissensstand ist allzu oft auch dazu angehalten, die Scheu vor den Aktienmärkten noch einmal zu vergrößern und den Kapitalmarkt kontrafaktisch als eine Art „Casino“ zu positionieren. Blickt man nämlich auf die langfristige Entwicklung der Märkte, besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass eine verstärkte Veranlagung an diesem beim Vermögensaufbau Sinn macht. Financial Literacy, auch bei so mancher Meinungs-Elite, und die offensive Entkräftung von Fake News scheint also gerade in Österreich ein Gebot der Stunde zu sein.

Kritisches Selbstbild
Wissen über den Kapitalmarkt und Veranlagungen
in Prozent



Skepsis steigt
Aktienmärkte während "Corona"
in Prozent



Kontrafaktisches Sparen in der Krise:
40 Prozent sparen jetzt mehr
6 Prozent veranlagten mehr in Aktien

DER VOGEL STRAUSS-WALZER

Was im Radsport die „Tour de France“ schon lange ist, könnte bald eine finanzpolitische „Tour d’Europe“ für die nachhaltige Absicherung nationaler Pensionssysteme werden. Nämlich ein Vorbild für jene, die ebenfalls reüssieren wollen. Die Tour der Vorbilder führt erst in den Norden des Kontinents: In Dänemark heißt die Attraktion „Aktiesparekonto“; in Finnland – durchaus zungenbrecherisch – „Osakesäästötili“; in Schweden „Investeringsparkonto“. Die Tour führt auch in den Westen des Kontinents: In Frankreich nennt sich das Produkt „Plan d’épargne en actions“; in Irland „Personal Retirement Savings Accounts“ und im Vereinigten Königreich noch reduzierter „Individual Savings Accounts“. Der letzte Stopp der „Tour d’Europe“ führt gar in den finanzpolitisch oft und gern gescholtenen Süden: Hier besticht Italien mit seinem „Piani Individuali di Risparmio“.

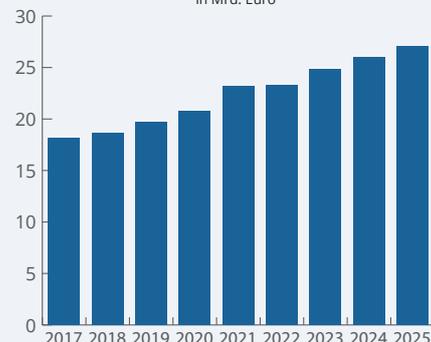
Die Glorreichen 7

Was diese glorreichen sieben europäischen Länder mit ihren zitierten Programmen gemeinsam haben: Sie kümmern sich um die – alters- und alterungsbedingt – zunehmende Lücke in ihren Pensionssystemen. Und: Sie setzen dabei alle sehr stark auf die Kraft der Kapitalmärkte. Was alle Länder auszeichnet, ist, dass sie die Stärkung der Eigenvorsorge von Privatanlegern steuerlich fördern. Ihre Programme zielen oft auch auf jene ab, die staatlicherseits eben nur geringe Pensionserträge zu erwarten haben und somit in die Altersarmut zu rutschen drohen.

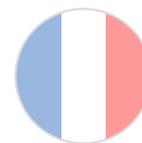
Das „dänische Aktiesparekonto“ kennt zwar klare Obergrenzen für Einlagen von Privatpersonen, aber eben auch einen deutlich reduzierten Steuersatz für Erträge. Ähnlich gelagert ist das „finnische Osakesäästötili“. In Schweden lockte die seit 2012 bestehende Möglichkeit des „Investeringsparkonto“ schon 2,2 Millionen Privatpersonen an, von den Fondsanteilen waren 37 Prozent in Aktienfonds, 49 Prozent in Mischfonds und 12 Prozent in Renten- und Geldmarktfonds investiert. Das Geldvermögen in den französischen „Plans d’épargne en actions“ belief sich Ende 2019 bereits auf knapp 100 Milliarden Euro, Investments dürfen zur Stärkung der heimischen KMU aber nur in Unternehmen mit weniger als 5.000 Beschäftigten fließen.

Ähnlich agiert Italien, das auch eine klare Stärkung der KMU-Landschaft vorschreibt. In Irland winken ebenfalls Steuererleichterungen. Zur Jahresmitte 2021 gab es hier schon 320.000 Personal Retirement Savings Accounts mit Einlagen von knapp 9 Milliarden Euro. Im UK schließlich gibt es eine ganze Bandbreite an möglichen Veranlagungsformen, darunter auch einen Lifetime Individual Savings Account, in den man vor dem 40. Geburtstag einsteigen und wo man derzeit pro Steuerjahr maximal 20.000 Pfund veranlagen darf.

Land der Schuldenberge
Jährliche Zuschüsse ins Pensionssystem
in Mrd. Euro



Quelle: Agenda Austria



Go east!

Ein Vordringen dieser kapitalmarktbelebenden wie pensionssichernden Maßnahmen Richtung Osten des Kontinents wurde bislang kaum beobachtet. Das Wörtchen bislang deutet allerdings schon die Bewegung an, die sich in einem nicht unwesentlichen Staat in Mitteleuropa ankündigt. Die Rede ist von Deutschland, wo gerade SPD, Grüne und FDP intensiv über eine thematisch durchaus heikle Koalitionskonstellation verhandeln.

In einem Punkt deutet sich jedenfalls schon eine vor Jahresfrist vielleicht noch überraschende Übereinstimmung an: das in Deutschland „Aktienrente“ genannte Modell der kapitalmarktgestützten Altersvorsorge. Die Diskussion zog ausgerechnet der SPD-Spitzenkandidat und wahrscheinliche neue deutsche Kanzler, Olaf Scholz, an. Gegenüber dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ gab Scholz zu Protokoll, dass er sich neben der „gesetzlichen Rente“ auch eine „wichtige Rolle“ für „privates Aktiensparen“ im Pensionsystem sehr gut vorstellen könne. Freiwillig müsse der Ansatz sein, so Scholz, aber eine Verpflichtung für alle stand ohnehin nicht zur Debatte. Scholz' Vorschlag zeigt jedenfalls klare Parallelen zum Modell des möglichen künftigen Partners FDP auf und hat deshalb wohl gute Chancen auf Realisierung in einer neuen geformten Koalition.

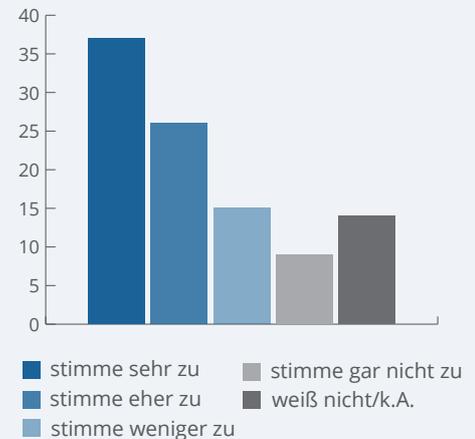
Vogel Strauß tanzt Walzer

Etwas weiter südlich gibt es dagegen kaum Bewegung. Im Gegenteil: In Österreich nahm vor wenigen Wochen der Vorsitzende der Alterssicherungskommission, Walter Pöltner, den Hut. Der Grund: Die von der Regierung angekündigte und nicht differenzierte Erhöhung kleinerer Pensionen um drei Prozent. Dass viele dieser Renten bloß eine von mehreren Einnahmequellen von Pensionistinnen und Pensionisten darstellen, focht die Regierung nicht an. Den Experten Pöltner dagegen schon. Er setzte einen unösterreichischen Schritt, den Rücktritt.

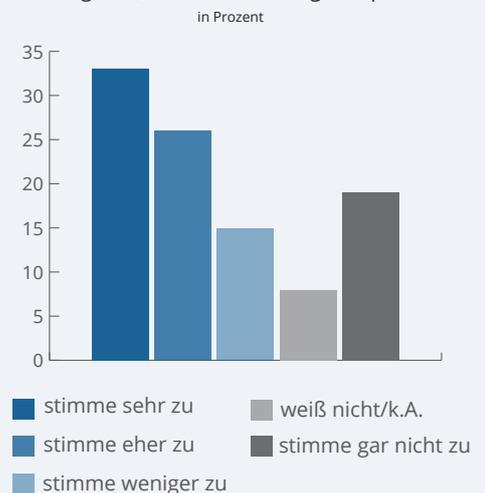
Pöltners Nachfolger als Berater der Politik in Pensionsbelangen scheint längst gefunden: der Vogel Strauß. Eine eindrucksvolle Statistik der „Agenda Austria“ etwa wird von maßgeblichen Stellen nicht einmal ignoriert. Laut diesen Daten wird die aus dem Budget abzudeckende Pensionslücke (für den ASVG- und den Beamtenbereich) von 2008, wo der Zuschuss „nur“ 15 Milliarden Euro betrug, bis 2025 auf über 27 Milliarden Euro anwachsen. In den Jahren 2021 bis 2025 zusammengefasst werden in Summe 125 Milliarden Euro aus dem Budget ins Pensionsystem fließen.

Anstatt sich auch hierzulande mit dem überfälligen Schritt in Richtung steuerlich geförderter Kapitalmarkt-Veranlagungen zur Systemsicherung zu beschäftigen, tanzt der österreichische Vogel Strauß, den Kopf tief im Sand, unbekümmert Walzer.

Pensions-Räuber
Die Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren für Altersvorsorge wird als Pensionsraub gesehen.



Das Grundsatz-Dilemma
Die Österreicher sehen auch nach Corona kein Einnahmenproblem bei Steuern und Abgaben, sondern ein Ausgabenproblem.



STARKER KAPITALMARKT SCHÜTZT VOR EXODUS DER INNOVATIVEN

Börsen-Kurier-Herausgeber Marius Perger im Gespräch mit Geschäftsführer Mag. Karl Fuchs vom Aktienforum über anstehende Kapitalmarktthemen.

Perger: Herr Fuchs, der Kapitalmarkt und Kapitalmarktthemen führen in der öffentlichen Wahrnehmung seit jeher ein Schattendasein. Die Bildungsoffensive des Finanzministeriums ist ein erster Schritt, dem entgegenzuwirken. Was muss folgen?

Fuchs: Die Finanzbildungsoffensive kann sich tatsächlich sehen lassen. Da hat es eine offene Problemanalyse und in Folge eine enge Zusammenarbeit mit den Experten der OECD gegeben. Nun gilt es, das auch rasch umzusetzen. Im zuständigen Steueraussschuss des Finanzministeriums wird sich auch das Aktienforum stark einbringen.

Perger: Noch sind die Österreicher aber auch in Nullzinsphasen Weltmeister im Sparen und vernichten dadurch Vermögen. Wie kann die Politik das Anlageverhalten darüber hinaus positiv beeinflussen?

Fuchs: Die Menschen haben während der Hochphase der Pandemie zwar mehr Geld zur Seite gelegt, aber die Niedrigzinsphase ist mittlerweile – verspätet aber doch – in den Köpfen angekommen. Das zeigen unsere regelmäßigen Erhebungen. Die Politik sollte aber jedenfalls zusätzliche Signale setzen. Man muss einerseits das sakrosankte, aber Vermögen verringernde Sparverhalten ansprechen. Andererseits braucht es natürlich Kapitalmarkt-Impulse wie eine Behaltfrist. Wir müssen den langfristigen Vermögensaufbau stärken, alles andere ist fahrlässig. Und eine Absenkung der Kapitalertragssteuer bei Kursgewinnen auf 25 Prozent ist überfällig. Hier Zinsen auf Sparbücher mit 2,5 Prozent besser zu stellen, war ein populistischer Schwachsinn der Extraklasse, der auf die Steuerreform 2016 unter Rot-Schwarz zurückgeht.



Perger: Spätestens seit der Einführung des Pensionskontos ist für jeden Staatsbürger – und gerade jede Staatsbürgerin – klar ersichtlich, dass er oder sie ohne zusätzliche private Vorsorge in seiner Pension erhebliche Abstriche machen muss. Wie kann man hier gegensteuern?

Fuchs: Statt von einer Pensionslücke sollten wir von einem „Pensionskrater“ sprechen. Die Verluste in der Pension werden für alle, die nicht privat vorsorgen, gravierend sein. Und Altersarmut wird vor allem Frauen treffen. Ihr Pensionseinkommen liegt im Durchschnitt 42 Prozent unter dem der Männer. Gleichzeitig investieren sie signifikant seltener in zusätzliche Altersvorsorgemodelle. Da braucht es primär Finanzbildung, wo ja bereits einiges passiert. Aber ohne die angesprochenen Anreize im Kapitalmarkt wird man trotzdem keine großen Sprünge machen.

Perger: *Österreich steht wirtschaftlich ja recht gut da. Aber ohne einen starken Kapitalmarkt kann es kein innovatives Wachstum geben, zumal wir uns in einem internationalen Wettbewerb mit den USA und vor allem auch mit China befinden. Sehen Sie in diesem Zusammenhang die Gefahr der Abwanderung innovativer Unternehmen und Köpfe aus Österreich?*

Fuchs: Ein starker Kapitalmarkt garantiert starkes, schnelles und innovatives Wachstum. Gerade auch im vor- und außerbörslichen Bereich. Und ja: Wir brauchen in der Politik den „U-Turn“ hin zum Kapitalmarkt. Als politischer Entscheidungsträger sollte man sich heute die Frage stellen, ob eine „Bitpanda“ oder eine „Go-Student“ in zehn Jahren in Österreich noch Steuern zahlen werden. Eine „N26“ hat sich den steinigten, österreichischen Weg gar nicht erst angetan und ist in Berlin durchgestartet. Für solche stark wachsenden Unternehmen muss man eine langfristige Vision entwickeln, um Abwanderungen entgegenzutreten. Wir müssen einen Exodus der Innovativen vermeiden, und dazu braucht es einen starken Kapitalmarkt.

Perger: *Spätestens seit Bekanntgabe der EU-Klimaziele ist das Thema Nachhaltigkeit in aller Munde. Die Finanzindustrie, die sich diesem Thema mittlerweile intensiv angenommen hat, hat auch den Hebel in der Hand, global etwas zu bewirken. Ist das auch eine Chance für den Kapitalmarkt?*

Fuchs: Ohne Geld ka Musi! Das gilt auch für das Thema der Nachhaltigkeit. In der politischen Diskussion wird meist über Klimafolgen und dämpfende Maßnahmen gesprochen. Das ist richtig, aber nur eine Seite der Medaille. Wichtig wäre es, auch über die Finanzierung von solchen Maßnahmen und innovativen Lösungen für die Klimakrise zu reden. Die Klimarettung braucht auch privates Kapital. Ich denke, dass die Finanzindustrie da ein entscheidender Teil der Lösung in Richtung einer grünen, nachhaltigen Zukunft sein kann und wird.

Perger: *Und abschließend: Das Aktienforum vertritt seit seiner Gründung 1989 national wie international die Interessen der wesentlichen Stakeholder am heimischen Kapitalmarkt. Welche Erfolge konnten sie in der jüngeren Vergangenheit erreichen und welche Ziele verfolgen Sie aktuell?*

Fuchs: Der Beschluss der Finanzbildungsstrategie im Ministerrat Mitte September ist einer der jüngsten Erfolge, auf die wir sehr stolz sind, weil wir dieses Thema immer wieder gepusht haben. Auf Emittenten-Seite gehören sicher die optimalen Rahmenbedingungen während der sehr schwierigen Corona-Pandemie, etwa mit virtuellen Hauptversammlungen, dazu. Hier haben wir rasch reagiert und Lösungen durchgebracht. Jetzt muss man das Regierungsprogramm weiter abarbeiten. Eine Behaltefrist, bei der Wertpapierverkäufe nach einer Frist steuerfrei gestellt werden, ist Voraussetzung für den langfristigen Vermögensaufbau. Sie steht auf unserer Agenda ganz oben.



AKTIENFORUM

Die Interessenvertretung der börsennotierten Unternehmen und Plattform zur Förderung des österreichischen Kapitalmarkts

Das Aktienforum repräsentiert die wesentlichen Verantwortungsträger am Finanzplatz Österreich. Auf unsere Mitglieder entfallen drei Viertel der Marktkapitalisierung der Wiener Börse. Neben den börsennotierten Unternehmen sind Banken und Finanzdienstleister, Finanzberater und andere Interessenvertretungen, die sich für den österreichischen Finanzplatz und Kapitalmarkt engagieren, Mitglied des Aktienforums.

Das Aktienforum vertritt seit seiner Gründung im Jahr 1989 die Interessen seiner Mitglieder sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und ist Mitglied der European Share Promotion (EASP).



Robert Ottel

Präsident
des Aktienforums



Karl Fuchs

Geschäftsführer
des Aktienforums

IMPRESSUM

Medieninhaber und
Herausgeber:

Aktienforum –
Österreichischer
Verband für Aktien-
Emittenten und
-Investoren

Lothringerstraße 12,
1030 Wien

www.aktienforum.org

ZVR-Zahl: 376366751

Wir freuen uns über Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit zur Verfügung.

Geschäftsführer Mag. Karl Fuchs
k.fuchs@aktienforum.org

Sie finden "Der Kapitalmarkt" auch in elektronischer Form unter:
www.aktienforum.org

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.
Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.
Fotocredits: Glaser, Gettyimage, AdobeStock
Grafikdesign: Petra Matovic
Quelle für Grafiken: Hajek-Umfrage 2021